

# Pöbneck rechnet 2011 mit Straßenausbaubeiträgen

## Neue Satzung erst mit Entscheidung in Erfurt

**Pöbneck (OTZ/mko).** Die Stadt Pöbneck hofft, dass sich das Land beim Thema Straßenausbaubeiträge bald entscheidet. Denn in ihrem bereits beschlossenen Haushalt 2011 sind stolze 250 000 Euro Einnahmen aus solchen Beiträgen eingestellt.

Das rief im Stadtrat Straßenausbaubeitrags-Bekämpfer Wolfgang Kleindienst (Birso) auf den Plan, der die fehlende rechtliche Grundlage kritisierte. Die will Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler) 2011 auf städtischer Ebene herbeiführen, sobald die CDU-SPD-Koalition in Erfurt das Thüringer Kommunalabgabengesetz novelliert hat.

Wenn sich die Regierung noch zu dieser Beitragsart bekenne und sie sich für die Pöbnecker als günstiger erweisen würde, werde er wiederkehrende Beiträge empfehlen, sagte Modde. Diese seien erfahrungsgemäß sozial verträglicher als einmalige Beiträge.

Am besten seien gar keine Straßenausbaubeiträge, lautet Kleindienst's Tenor. Für die Grundstückseigentümer werde es „in den nächsten Jahren sehr hart“ sein, sieht er schwarz. Bedanken

könnten sich Betroffene „besonders bei der SPD, die nach ihrem Wählerbetrug deutlich gemacht hat, dass sie derartige Zwangsbeiträge beibehalten will“.

Für Fritz Kleine (Linke) sind diese Beiträge nur ein Aspekt unter vielen einer „unsäglichen“ Landespolitik. Viele Bürger seien vor dem Hintergrund anderer staatlicher und privater Belastungen „jetzt schon überfordert“. Bund und Land würden eine „kapitalorientierte“ Politik betreiben. „Das Kapital gefährdet damit die Demokratie, weil gegen die Interessen der Menschen gehandelt wird“, findet Kleine.

Mit den 250 000 Euro sollen städtische Straßenbaumaßnahmen „der vergangenen Jahre“ teilweise refinanziert werden, so Modde. Die Stadt werde nur jene Anteile auf die Grundstückseigentümer umlegen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sei.

Sie glaubt auch fest daran, eine rechtssichere Satzung auflegen zu können. Denn im städtischen Finanzplan für die nächsten Jahre werden weitere nicht unerhebliche Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen erwartet.